

die tageszeitung

Samstag, 7.1. '83 Nr. 1204/1. Woche, Jahrgang 7 Preis DM 1,20

taz Berlin, Postfach 66 109

A 2548 A

Berlin

Mindestens 60 Tote in Tunesien

Bourgiba macht Brotpreiserhöhungen rückgängig

Tunis (afp/ap) Staatspräsident Habib Bourgiba hat am Freitag die Konsequenz aus der blutigen Revolte der Vortage gezogen und die Rücknahme der drastischen Preiserhöhungen für Brot und Getreideerzeugnisse angekündigt. Unmittelbar nach seiner von Funk und Fernsehen übertragenen feierlichen Erklärung brach in Tunis und anderen Städten ein wahrer Freudentaumel aus. In der Hauptstadt zogen zehntausende von Menschen mit dem Ruf „Es lebe Bourgiba“ durch die Straßen, begleitet von einem ohrenbetäubenden Hupkonzert. Die Bäckereien und Lebensmittelläden wechselten innerhalb weniger Minuten ihre Preisschilder aus. Innenminister Driss Guirga hatte am Donnerstag, an dem die Ansprache Bourgibas angekündigt war, seinerseits für Freitag eine Ansprache Bourgibas in Aussicht gestellt, auf der er sich zu den bisherigen Ergebnissen der Untersuchung über die Unruhen äußern wollte. Die Pressekonferenz wurde jedoch nach der Rede Bourgibas ohne Angaben von Gründen abgesagt. Die am 29.12. 1983 ausgebrochenen Unruhen, die

bis zur Ausrufung des Ausnahmezustands am Mittwochabend andauerten, haben nach Angaben von halbamtlicher Stelle mindestens 60 Tote und mehrere hundert Verletzte gefordert, über 3.000 Personen wurden verhaftet, größtenteils in den Reihen der pro-libyschen islamischen Fundamentalisten von der „Panarabischen Versammlung“.

Rundfunkkorrespondent festgenommen

Der Sonderkorrespondent des französischen Rundfunks, Ulysse Gosset, ist am Freitagmorgen in seinem Hotel von Zivilbeamten verhört und offenbar festgenommen worden. Der Journalist hatte Informationen über die Unruhen in Tunis verbreitet, die von den tunesischen Behörden als Panikmache betrachtet werden. Unter anderem war in einem France-Inter-Bericht die Rede davon gewesen, daß in Bardo bei Tunis von einem Polizeihubschrauber aus mit Maschinenpistolen in die Menge gefeuert worden sei.

Fortsetzung Seite 3

Treffen zum 1. Jahrestag der Contadora-Initiative

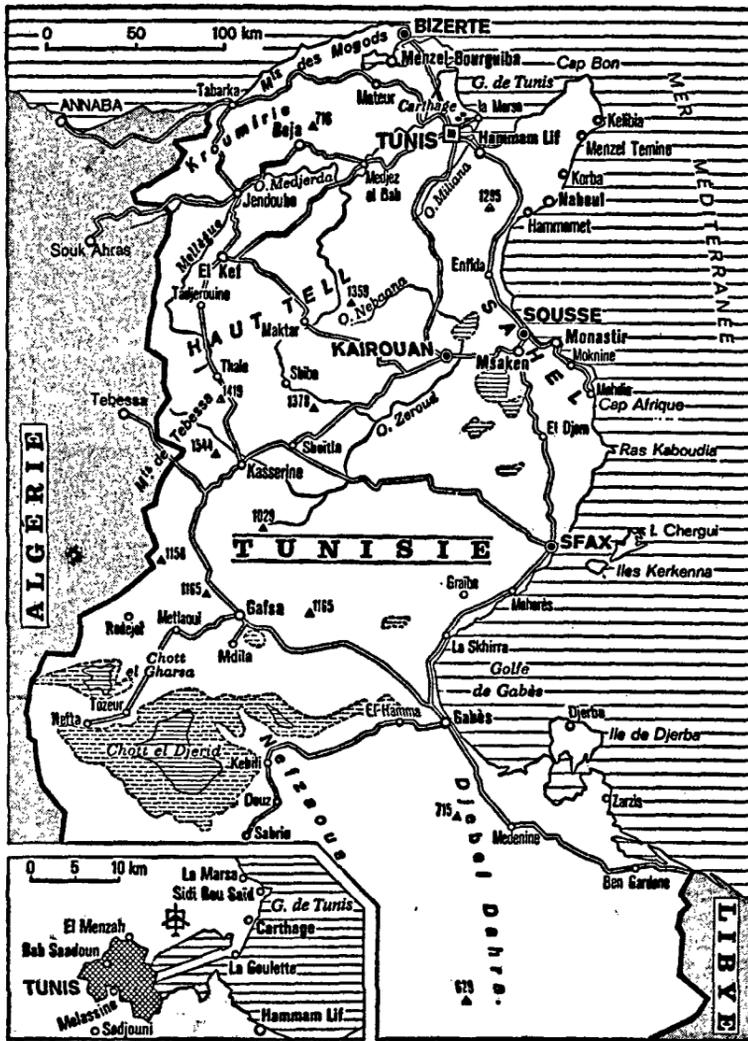
Kein Grund zum Feiern

Managua (taz) Die Außenminister von Mexiko, Panama, Kolumbien und Venezuela werden wenig Grund zum Feiern haben, wenn sie am 7. Januar in Panama-City zur „Geburtstagsitzung“ zusammenkommen (am 9.1. 1983 trafen sich die vier Minister zum ersten Mal auf der panamesischen Luxus-Touristen-Insel Contadora, wo sie sich in formloser Weise für eine friedliche Lösung in Zentralamerika aussprachen und den Konflikt als außerhalb der Ost-West-Konfrontation stehend bezeichneten). Dabei waren die Voraussetzungen für eine konstruktive Diskussion der verfeindeten Parteien nicht günstig: In Costa Rica ist der kompromißlos antisandinistische Außenminister Fernando Volio („die Koexistenz mit einem marxistischen Regime ist nicht möglich“) durch den flexibleren Carlos José Gutiérrez abgelöst worden und Guatemalas Militärdiktator Mejia Victores hat dem nicaraguanischen Juntachef Daniel Ortega bei den Feierlichkeiten zur Amtübernahme Alfonsins in Buenos Aires zugesichert, er würde sich weder an einer Aggression gegen Nicaragua beteiligen noch die Contadora-Verhandlungen boykottieren, denen er anfangs ablehnend gegenüberstand

hatte. Die Sandinistas ihrerseits haben durch den Erlaß eines Amnestiedekretes und die Bekanntgabe eines Wahlkalenders wichtige Zugeständnisse vorweggenommen.

Vor einer fast unlösbaren Aufgabe stehen die Außenminister der Contadora-Staaten, wenn sie dieses Wochenende in Panama die Zustimmung ihrer mittelamerikanischen Amtskollegen zu ihrem Projekt für einen regionalen Friedensvertrag erzielen wollen. Die entscheidenden und gleichzeitig umstrittensten Punkte betreffen einen allgemeinen Waffenlieferstopp (vorgesehen für den 29. Februar), den Abzug ausländischer Militärberater, die Rolle der USA sowie Fragen der Demokratisierung und Versöhnung mit der inneren Opposition. Der Vorschlag basiert auf einem Entwurf Nicaraguas, vorgelegt und veröffentlicht bereits am 17. Oktober, und einem des mittelamerikanischen Staatenblocks (El Salvador, Honduras, Costa Rica, Guatemala), der am 21.12. zustandkam und bis zum Zusammentreten der „5. Gemeinsamen Konferenz der Außenminister“ am 7. Januar geheimgehalten wird.

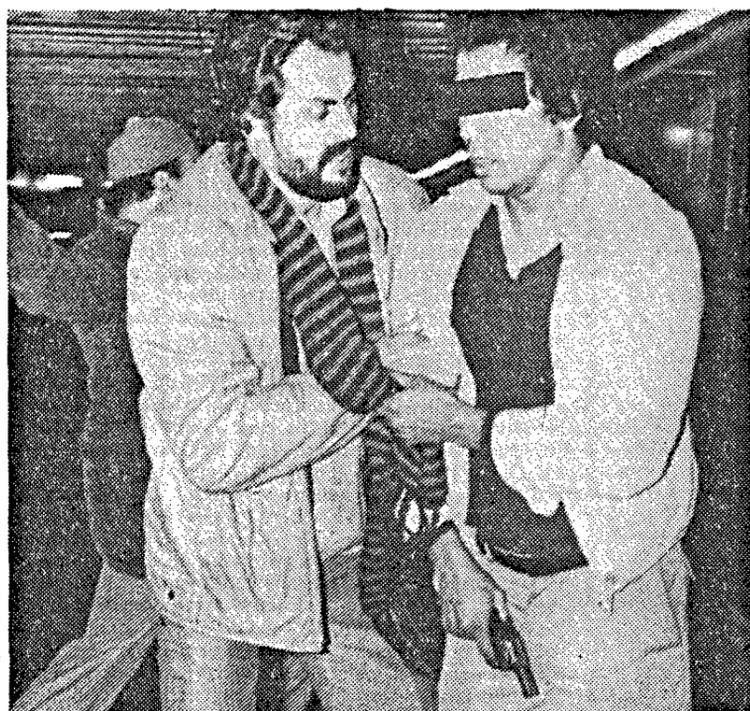
Fortsetzung auf Seite 6



Höchster deutscher NATO-General als „Sicherheitsrisiko“ Kießling wegen Homosexualität gefeuert

Bonn (dpa) Der höchste deutsche militärische Repräsentant bei der NATO in Brüssel, General Günter Kießling (58), ist nach zuverlässigen Bonner Quellen wegen eines Sicherheitsrisikos entlassen worden, das sich aus seiner Homosexualität ergeben könnte. Wie Donnerstagabend in der Bundeshauptstadt weiter bestätigt wurde, hat Kießling ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst beantragt. Die deutschen Sicherheitsbehörden hätten nach eingehender Beobachtung der Lebensführung von Kießling, wie es heißt, „dringend“ darauf aufmerksam gemacht, daß der General „erpreßbar und zu einem Sicherheitsrisiko“

geworden sei. Kießling - er ist unverheiratet - war seit April 1982 einer der beiden Stellvertreter des obersten Befehlshabers der NATO in Europa, des amerikanischen Generals Bernard Rogers. Rogers soll nach Informationen von dpa das Verhalten des deutschen Generals für „untragbar“ gehalten haben. Kießling hatte bereits, wie erst jetzt in Bonn bekannt wurde, ohne jedes militärische Zeremoniell am 30. Dezember in Zivil auf der Hardthöhe die Entlassungsurkunde entgegengenommen. Die reguläre Dienstzeit von Kießling wäre erst 1985 abgelaufen. Fortsetzung Seite 2



Das Foto zeigt einen Streikenden, der einen Kollegen beruhigt, der eine Pistole in der Hand hält. / Foto: ap

Frankreich/Krise bei Talbot

Nach Arbeiterkämpfen Werk in Poissy liquidiert

Paris (taz/ap/dpa/afp) Der französische Automobilkonzern „Peugeot-Automobiles“ hat am Donnerstagabend die Voraussetzungen dafür geschaffen, das seit dem 8.12. durch Arbeitskämpfe lahmgelegte Werk Talbot Poissy bei Paris mit rund 17.000 Arbeitern zu liquidieren. Im Verlauf des Tages hatten die Konflikte zwischen Streikbrechern und den Streikenden, die gegen die geplante Entlassung von 1.905 Arbeitern bei Talbot protestieren, einen neuen Höhepunkt erreicht. Bei den Kämpfen am Donnerstag waren rund 60 Menschen verletzt worden. Am Abend lagen noch drei Schwerverletzte im Krankenhaus. Seit Freitag wird den Talbot-Arbeitern kein Lohn mehr bezahlt und das Werk in Poissy ist auf unbestimmte Zeit geschlossen. Die rechtliche Möglichkeit, einen Ver-

gleichs- oder Konkursantrag für das von einer schweren Krise betroffene Talbot-Werk zu stellen, schuf „Peugeot SA“ durch eine Restrukturierung des eigenen Kapitals. Der Verwaltungsrat der PSA stimmte der Übertragung der gesamten von den „Automobiles Peugeot“ gehaltenen Beteiligung an der SNC Talbot an zwei bisher völlig unbedeutende Filialen, die Talbot SA und die Sora GA zu. Diese rechtlich-finanzielle Umstrukturierung war nötig, da im Falle einer Beibehaltung der bisherigen Verbindung Peugeot/Talbot, die bei der vor drei Jahren erfolgten Fusion beider Gesellschaften erfolgte, im Falle einer Insolvenzerklärung Talbots nach dem französischen Gesetz auch die „Automobiles Peugeot“ Vergleich oder Konkurs hätten anmelden müssen.

taz-HEUTE

Gelsentrab und ihre Affären:
Die Millionenjongleure vom
Nienhausener Busch Seite 8

Fortsetzungsroman:
MATULLA und BUSCH
Seite 8

Landreform in Bangladesh
Seite 7

Mechttersheimer-Dokumenta-
tion Seite 5

Das Weihnachtsgift im Rhein:
Ein Lehrstück über Ämter,
Alarmketten und Kleinstaatere-
reien Seite 5

Dope, Dope, Dope / Seite
14

Ein Drittel der
amerikanischen
Wirtschaft lebt vom
illegalen Geschäft. Viele
Zahlen und genaue
Beobachtungen aus New
York. Von Ute Büsing

WALKultur -
HAARKULTUR / Seite
11-13

„Wale weinen nicht“, ein
Gedicht aus dem Buch
„Der Geist in den
Wassern“ von Joan
McIntyre, erschienen bei
'2001'.

Hellblonde Streifen in
Mandarin - Chemie der
Identität
Haarige Betrachtungen
von Ulrike Filgers

„Mannesmann Modell“
Abfindungsköder für
600 Türken

Duisburg (taz) 600 türkische Arbeiter bei Mannesmann haben sich durch eine Abfindungssumme zwischen 60.000 DM und 120.000 DM ködern lassen, auf ihren Arbeitsplatz zu verzichten und in die Türkei zurückzukehren. Eine verlockend hohe Summe, die sich aus der von Mannesmann zu zahlenden eigentlichen Abfindung (30. bis 40.000 Mark), der Rückkehrprämie der Bundesregierung (10.500 plus 1.500 Mark pro Kind) und den Arbeitnehmerbeiträgen zur Rentenversicherung zusammensetzt. Mit dieser Abfindungsaktion versucht das Unternehmen auf „elegante“ Art, einen Teil jener 1.000 Belegschaftsmitglieder loszuwerden, die wegen der beschlossenen Stahlwerksstilllegung 1984 nicht mehr gebraucht werden. Zur Zeit sind bei Mannesmann noch etwa 1.400 Türken beschäftigt. Daß seit Dezember etwa 600 von ihnen das Unternehmensangebot angenommen haben, ist nach Ansicht der Hüttenheimer Stadtteilgruppe vor allem auf die falschen Erwartungen und den Zeitdruck zurückzuführen. Das Unternehmen hatte das Angebot bis Mitte Januar begrenzt. Wer sich später - bis Mitte Juni möglich - entscheidet, muß mit mindestens zwei Monatsgehältern weniger an Abfindung rechnen. Vielmehr als der Zeitdruck, so die türkischen Arbeiter am Donnerstag in Duisburg, habe die Angst vor der Arbeitslosigkeit und die zunehmende Ausländerfeindlichkeit zur Annahme des Angebots geführt. Fortsetzung Seite 4